

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 6 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Sielaff MdB zur Entscheidung Budapests, BürgerInnen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu lassen: Dank den Ungarn.
Seite 1

Prof. Gerhard Heimann MdB zu den Thesen von Ehrhart Körting: Die Deutschlandpolitik und der Zeitgeist.
Seite 3

Hans Kolo MdL zur Notwendigkeit, die Verseuchung des Trinkwassers abzuwehren: Neue Volkskrankheit durch „sauren Regen“ ausgelöst?
Seite 5

44. Jahrgang / 174

11. September 1989

Dank den Ungarn

Zur Entscheidung Budapests, BürgerInnen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu lassen

Von Horst Sielaff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-ungarischen Parlamentarier-Gruppe des Bundestages

Vor allen Kommentaren und Interpretationen bezüglich der Entscheidung Ungarns, die Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu lassen, muß der Dank an alle Verantwortlichen in Ungarn und an das ungarische Volk ausgesprochen werden für die Hilfsbereitschaft und die geleistete Hilfe. Ohne diese Zeichen von Mitmenschlichkeit wäre die heutige Lösung nicht möglich gewesen.

Der Vorgang zeigt darüber hinaus, daß Ungarn mit seinem Demokratisierungsprozeß ernst macht. Souverän und unabhängig von früheren Verträgen innerhalb der Warschauer Vertragsstaaten richtet sich die ungarische Staatsführung nach den in neuerer Zeit eingegangenen internationalen Verpflichtungen und den Menschenrechtsprinzipien, zum Beispiel denen der UN-Flüchtlingskonvention. Da Ungarn zur gleichen Zeit durch die Flüchtlinge aus Rumänien zusätzlich belastet ist, sollten wir nicht zögern und dem osteuropäischen Nachbarland Unterstützung durch Wirtschaftshilfe zuteil werden lassen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlegerische Gruppe
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



In allen ost- und südosteuropäischen Staaten kann der Demokratisierungsprozeß scheitern, wenn er nicht auch wesentliche wirtschaftliche Verbesserungen für die Bevölkerung bringt. Wer es wirklich ernst meint mit der Demokratie in Europa und der Vision vom gemeinsamen „europäischen Haus“, der darf jetzt nicht angesichts des mutigen ungarischen Handelns nur dastehen und Beifall klatschen, der muß Hand anlegen bei der notwendigen Stabilisierung des noch in sich wackligen Gerüsts eines demokratischen Gebildes - der muß ganz konkret helfen bei dem ungarischen Umbau.

Mit dem Verlassen der DDR-BürgerInnen des ungarischen Gastlandes und der Ständigen Vertretung in Ostberlin ist das Problem weder mittel- noch langfristig gelöst. Die Bundesregierung muß alles daransetzen, gemeinsam mit den Verantwortlichen in der DDR, unter Berücksichtigung der Souveränität der DDR, nach solchen Lösungen zu suchen, die es überflüssig machen, daß Deutsche aus der DDR das Mittel der Flucht wählen müssen, um Perspektiven für eine andere Zukunft als die derzeit absehbare zu bekommen.

Daneben muß auch an diejenigen gedacht werden, deren Situation sich durch den Weggang von Nachbarn, Kollegen, Freunden und Verwandten massiv verändert hat, die geblieben sind und die sicherlich im Augenblick die doppelte Last tragen. Geradezu katastrophal hat sich, wie wir immer wieder hören und lesen, die ärztliche Versorgung in der DDR entwickelt. Die Zeit drängt für vernünftige Lösungen.

(-/11.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Deutschlandpolitik und der Zeitgeist

Anmerkungen zu den Thesen von Ehrhart Körting

Von Prof. Gerhard Heimann MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Europa, zumal Osteuropa, ist in Bewegung. Das ist die Zeit für schnelle, leichtfüßige Gedanken. Was gestern undenkbar war, erscheint heute überholt. Nichts ist unmöglich! Das Lebensgefühl der postmodernen Generation verdichtet sich zum Zeitgeist. Liest man Körtings Beitrag „Zeit für eine neue Deutschlandpolitik“, dann scheint der Zeitgeist nun die Deutschlandpolitik eingeholt zu haben.

In der Politik endet so etwas oft mit Katzenjammer oder Schlimmerem. Dabei kann ich Ehrhart Körting in vielem folgen. Zweifellos muß die EG für die DDR noch weiter geöffnet werden. Selbstverständlich bin ich für eine Demokratisierung der DDR und weiß, daß ohne mündige Bürger heute nicht einmal eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Auch schreckt mich der Gedanke nicht, eines Tages nur noch das Staatsangehörigkeitsrecht des jeweiligen deutschen Staates zu haben. Das liegt in der Logik der fortdauernden Zweistaatlichkeit. Mit Ehrhart Körting hätte ich auch nichts dagegen, dies sofort zu realisieren, falls vorher die friedensvertragliche Zuordnung von Berlin (West) geklärt wäre und es die für eine Grundgesetzänderung erforderliche qualifizierte Mehrheit im Deutschen Bundestag gäbe. Ironie beiseite: Es ist ein bißchen naiv, wenn Ehrhart Körting perspektivisch richtige Vorschläge zur Lösung von Tagesproblemen anbietet, die hier, jetzt und schnell gelöst werden müssen und nicht erst übermorgen im Rahmen einer hochkomplexen Europäischen Friedensordnung.

Überhaupt ist Ehrhart Körtings Beitrag Richtiges und Falsches so unentwirrbar miteinander vermischt, daß ich die Scheidung der Spreu vom Weizen lieber ihm selbst überlassen möchte. Was mich tief beunruhigt, ist die Ungeduld in der Bundesrepublik, die nun auch immer größere Teile der SPD erfaßt, gegenüber dem verzögerten Reformprozeß in der DDR. Schaut man tiefer, dann bemerkt man, daß unter der offiziell unbeweglichen Oberfläche auch in der SED manches in Bewegung geraten ist. Aber Druck von außen wird eher verhärten. Reformbereitschaft muß, wie am Beispiel der sowjetischen Führung zu studieren ist, aus eigener Einsicht wachsen mit der bitterernsten Notwendigkeit als Lehrmeisterin. Am meisten wundere ich mich, wer sich alles aufgerufen fühlt, der SED in dieser Stunde Ratschläge zu erteilen.

Müßte nicht jeder, der sich für berufen hält, sich zunächst seriös mit der These Otto Reinholds auseinandergesetzt haben, daß die Identität der DDR nicht als nationaler deutscher Staat, sondern nur als sozialistischer deutscher Staat begründbar sei? Statt der SED immer nur ein Abziehbild der westdeutschen Wirklichkeit als Vorbild entgegenzuhalten, müßte gefragt werden, wie ein Sozialismus in den Farben der DDR aussehen könnte, der der wechselseitigen Bedingtheit von Sozialismus und Demokratie gerecht wird. Da werden die unerbetenen Ratgeber allerdings schnell verstummen. Die meisten haben nicht einmal begriffen, daß ein einmal in Gang gesetzter Reformprozeß in der DDR wegen der fehlenden nationalen Identität außerordentliche zusätzliche Risiken enthält, die anders als in Polen und Ungarn ganz Europa schnell an den Rand einer Krise führen können, in der der überwunden geglaubte Ost-West-Konflikt machtpolitisch „fröhliche Urständ“ feiert - sehr zur Freude der übriggebliebenen Stalinisten in Moskau und der unentwegten Antikommunisten in Washington.

Reformiert werden muß, das ist klar! Aber wie und wann, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Punkt? Antworten darauf hängen von einer Analyse ab, ob es klüger ist abzuwarten, bis der Reformprozeß in Osteuropa sich konsolidiert hat, oder ob jedes Warten den Problemdruck bis zur Unlösbarkeit hin verschärft. Man muß schon sehr von sich überzeugt sein, wenn man meint, in dieser objektiv schwierigen Frage eine eindeutige Antwort zu haben. Aber Ehrhart Körting erwägt

nicht einmal die Legitimität der Fragestellung, wenn er die zögernde SED als „weitestgehend spät-stalinistischen Verschnitt“ bezeichnet.

Ich hoffe, er ist bereit, sich in diesem Punkt zu korrigieren. Denn sein Verdikt ist, realpolitisch gesehen, höchst unklug, aber auch unverdient, unangemessen und falsch. Man kann enttäuscht sein, daß sich die SED inzwischen von anderen kommunistischen Partei hat überholen lassen; aber ihr Verdienst, als erste, noch vor der KPdSU, und auf eigenes Risiko die „Politik der Vernunft“ eingeleitet zu haben, darf schon deshalb nicht vergessen werden, weil ich den Tag kommen sehe, an dem wir es bitter nötig haben werden, an diese Politik zu erinnern. Die SED war wieder die erste, als es darum ging, das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten vor dem Hintergrund nur gemeinsam zu lösender Weltprobleme neu zu bestimmen. Das gemeinsame Papier von SPD und SED bleibt ein Versuch von historischem Rang, die für Europa so verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Wirklich historische Einschnitte haben es an sich, daß sie Zeit brauchen, um verstanden zu werden. Angesichts der erkennbaren Schwierigkeiten der SED im Umgang mit diesem Papier wie Ehrhart Körting von einem „Flop“ zu sprechen, das verrät Kurzatmigkeit.

Überrascht hat mich nicht, daß Körting und andere an der SED Kritik üben. Das ist verständlich, und wenn die SED bei ihrer Haltung bleibt, wird sie noch mehr Kritik ertragen müssen. Überrascht hat mich die sehr unvermutete Feindseligkeit und die Leichtfertigkeit, mit der er dem bisher erfolgreichen Pragmatismus in der Berlin- und Deutschlandpolitik einen jähen Todesstoß zu versehen versucht. Das ist in unübersichtlicher Zeit ein gefährlich spielerischer Umgang mit einem so vielfach verletzbaaren Gemeinwesen wie Berlin (West).

In den Gesprächen mit der SED ist es nicht nur um „kurzfristige humanitäre Probleme“ gegangen. Spätestens seit dem 13. August 1961 liegt noch offen zutage, daß die drei Westmächte allenfalls die äußere Sicherheit von Berlin (West) garantieren können, daß aber jene substantielle Verbesserung der Lage von der Bundesrepublik Deutschland und von der DDR abhängig ist. Ziel einer scheinbar nur pragmatischen Politik war es deshalb, zwischen den beiden deutschen Staaten in Bezug auf Berlin (West) schrittweise ein Verhältnis so guter Nachbarschaft zu entwickeln, daß die Ablösung der Nachkriegsordnung die in ihr begründeten Beschränkungen der Souveränität beider deutscher Staaten politisch bereits vollzogen ist, bevor eine europäische Friedensordnung ihr das Siegel völkerrechtlicher Legalität aufdrücken kann. Eigentlich pragmatisch war immer nur der Weg; das Ziel der Berlin- und Deutschlandpolitik der SPD aber ist strategisch gemeint. Ich vermute, das ist bei der SED nicht anders. Aber wenn es sich so verhält, dann muß doch Ehrhart Körting dreimal so streng sich und die Lage prüfen, bevor er die SED so abrupt zurückstößt, obwohl die SPD sie als Partner für ihre Politik in Zukunft noch dringend brauchen wird.

Die SPD, die sich auf die Dialogpolitik mit den kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten eingelassen hat, trägt von allen Parteien in der Bundesrepublik die größte Mitverantwortung für den Reformprozeß im Osten Europas. Sie würde kläglich vor dieser historischen Verantwortung scheitern, wenn sie sich opportunistisch von ihren Dialogpartnern abwenden würde, sobald diese durch die Schnelligkeit der innenpolitischen Prozesse in Bedrängnis geraten. Nie war seit dem Schisma die Chance größer, die an der Frage der Demokratie und Freiheit entzweite Arbeiterbewegung in eben dieser Frage wieder zusammenzuführen. Nur wenn dies gelingt, ist der Ost-West-Konflikt in Europa überwunden.

Unter einer solchen Perspektive von Sozialismus und Demokratie muß Ehrhart Körting sich fragen lassen, ob die Freiheit in Polen, die er beschwört, wirklich schon alles ist. Was ist, wenn die neugewonnene Freiheit dort schlimmstenfalls zur Anarchie und bestenfalls zur Herrschaft eines verlängerten Arms des erreaktionären polnischen katholischen Klerus führt? Auch die würden wir als Demokraten akzeptieren müssen; aber als Sozialdemokraten wäre es nicht mehr unsere Sache. Es kann wirklich sein, daß es an der Zeit ist, für Sozialdemokraten eine neue Ostpolitik zu formulieren. Dabei ginge es dann nicht mehr nur um die Verwirklichung von Demokratie und Freiheit im Osten Europas, sondern auch um die Behauptung des Sozialismus. In welchem Lager Solidarnosc dann stehen wird, weiß ich nicht genau, ohne ich nur. Aber, daß die politischen Fronten quer durch Europa dann anders verlaufen werden, kann man fast sicher voraussagen. (-/11.9.1989/vo-he/rs)

Neue Volkskrankheit durch „sauren Regen“ ausgelöst?

Zur Notwendigkeit, die Verseuchung des Trinkwassers abzuwehren

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Zuerst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch! Dieser trotz seiner Pauschalität unbestritten richtige Satz dokumentiert, wie die Menschen Teil des Naturkreislaufes sind, wie sie sich letztlich selbst schädigen, wenn sie der Natur Schaden zufügen. Diese Zusammenhänge habe ich jetzt in einer Anfrage an die bayerische Staatsregierung aufgegriffen und einen direkten Bezug zwischen „saurem Regen“, übersäuerten Böden, der Freisetzung von Aluminium-Ionen und dem vermehrten Auftreten der Alzheimerschen Krankheit dargestellt. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß der „saure Regen“ Auslöser der Volkskrankheit des nächsten Jahrhunderts schlechthin ist - der Alzheimerschen Krankheit eben, die, zwar kaum erforscht, auch heute schon in der Bundesrepublik Kosten in Milliardenhöhe verursacht.

Die Alzheimersche Krankheit ist zwar schon seit über 70 Jahren bekannt, läßt sich aber bis heute nicht diagnostizieren und schon gar nicht behandeln. Sie erregte bislang wenig Aufmerksamkeit, weil sie vor allem ältere Menschen traf, denen dann „vorzeitige Verkalkung“ angedichtet wurde. Aber: bereits heute leiden in der Bundesrepublik schon 600.000 Menschen an der Alzheimer-Krankheit; die Kosten für Krankenkassen und Sozialhilfe werden bereits auf 20 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt. Die Entwicklungskurve zeigt steil nach oben. Doch für die Erforschung der Krankheit werden nur acht Millionen Mark jährlich ausgegeben.

Wer über das 40. Lebensjahr hinaus ist, kann Opfer der Alzheimerschen Krankheit werden. Die ersten Merkmale sind Vergeßlichkeit. Man kann sich an Namen nicht mehr erinnern. Bestimmte Begriffe fallen aus dem Wortschatz. Die Sprache wird einfacher, beschränkt sich auf wenige Wörter. Die Persönlichkeit verändert sich langsam, die Arbeitsfähigkeit sinkt schrittweise auf Null. Innerhalb von wenigen Jahren wird das Gehirn nahezu vollständig zerstört. Am Ende steht ein Pflegefall mit dem körperlichen und geistigen Niveau eines Neugeborenen.

Es gibt bisher keine gesicherte Ursache für das Alzheimer-Phänomen. Aber in schwerem Verdacht steht Aluminium. In den Gehirnen aller untersuchten Alzheimer-Patienten wurde Aluminium-Silikat gefunden: Und eine britische Studie weist nach, daß in Gebieten mit einem hohen Anteil von Aluminium-Ionen im Trinkwasser auch die Zahl Alzheimer-Kranker deutlich über dem Durchschnitt liegt.

Die Aluminium-Belastung des Trinkwassers steigt durch den „sauren Regen“. Durch die Übersäuerung des Bodens wird nicht nur der Wald geschwächt und geschädigt, löst sich nicht nur der Humus

von den darunter liegenden Schichten ab, es werden auch Schwermetalle wie Blei und Zink und nicht zuletzt Aluminium-Ionen freigesetzt. Wenn diese Aluminium-Ionen in verstärktem Maße ins Grundwasser geraten, könnten sie zur massiven Gefahr für die Gesundheit der Menschen werden. Nicht umsonst hat die EG-Kommission für Trinkwasser einen Aluminium-Grenzwert von 0,2 Milligramm je Liter festgesetzt. Das der Dialyse-Flüssigkeit beigefügte Wasser darf sogar nur einen Anteil von 0,03 Milligramm Aluminium je Liter haben.

Diese Grenzwerte werden in verschiedenen Teilen Bayerns - vor allem im Bereich kalkarmer Böden - nur sehr schwer zu halten sein, wenn die Versauerung der Böden fortschreitet. Ich stütze mich dabei auf Aussagen des Fachgebietsleiters Grenzwerte für Trinkwasserinhaltsstoffe beim Bundesgesundheitsamt in Berlin, Prof. Hermann Dieter, der eine Erhöhung des Aluminium-Anteils im Trinkwasser auf das Fünffache des EG-Grenzwertes erwartet. Als gefährdete Gebiete nennt Prof. Dieter Solling, Spessart und „verschiedene Bereiche Bayerns“. Wo diese liegen - überall, wo die Böden im Freistaat besonders kalkarm sind.

Diese Bestandsaufnahme muß auch die Bayerische Staatsregierung alarmieren. In meiner Schriftlichen Anfrage erkunde ich mich nach dem Stand der Bodenversauerung in der Erdkrume verschiedener Bodenarten und der damit zusammenhängenden Mobilisierung von Schwermetallen und Aluminium. Untersuchungen in verschiedenen Bodentiefen sollen zeigen, mit welcher Geschwindigkeit diese Ionen in das Grundwasser einsickern können. Davon ausgehend soll die bayerische Staatsregierung beurteilen, ob die EG-Grenzwerte für Aluminium-Belastung des Trinkwassers in Bayern überhaupt noch über absehbare Zeit eingehalten werden können und wie sehr Oberflächen- und Grundwasser heute belastet sind. Die Staatsregierung soll aber auch über Abhilfemaßnahmen nachdenken und prüfen, inwieweit beispielsweise die Ausbringung von Granulat und Düngelösung auf Kalkbasis - als Maßnahme gegen das Waldsterben vorgenommen und in Finnland, aber auch in Hessen bereits praktiziert - Abhilfe schaffen kann. Abhilfe könnte auch die Zugabe von Silizium-Hydroxid zum Trinkwasser schaffen, das die Aluminium-Ionen in das vom Blutkreislauf des Körpers nicht aufnehmbare schwerlösliche Hydroxy-Aluminiumsilikat überführt.

All dies sind aber nur zweitbeste Lösungen. An erster Stelle muß der Kampf gegen den „sauren Regen“ stehen, dessen Möglichkeiten - die Verminderung der Luftschadstoffe, vor allem des Schwefels - hinreichend bekannt sind. Wenn die Aluminium-Ionen erst einmal das Trinkwasser als Lebensmittel Nr. 1 verseuchen, sind wir alle bedroht.

(-/11.9.1989/vo-he/rs)

* * *